

## **Gemeinsamer Antrag der Stadtratsfraktionen von SPD, Die Grünen**

### **Die demokratischen Parteien des Homburger Stadtrates beschließen folgende Resolution:**

#### **Für Vielfalt und Toleranz in Homburg**

Am 10. Januar 2024 berichtete das investigative Recherchenetzwerk „Correctiv“ über ein Treffen in Potsdam, bei dem Teilnehmende der Identitären Bewegung sowie der AfD offen darüber nachdachten, wie man Menschen mit Migrationshintergrund massenhaft deportieren könnte und wie die Machtübernahme der Rechtsextremen gelingen kann.

Der Homburger Stadtrat als Vertreter der Homburger Bürgerinnen und Bürger verurteilt faschistisches, rassistisches, antisemitisches und homophobes Gedankengut auf das Schärfste! Wir setzen ein Zeichen für die Verteidigung unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung - gegen rechtsextreme Bewegungen und Parteien, wie die AfD.

Homburg ist eine Stadt, die seit Jahrhunderten von Migration geprägt ist. Wir sehen Migration als Reichtum für unsere Kultur, unsere Gesellschaft und unseren Wirtschaftsstandort. Als Homburger Stadtrat repräsentieren wir alle Bürgerinnen und Bürgern und stehen für ihre Interessen sowie ihre Vielfalt ein. Wir sehen die Ängste derjenigen, die jetzt an das düsterste Kapitel unserer Geschichte erinnert werden und stehen an ihrer Seite. Wer in Homburg lebt, wer die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, gehört zu Homburg - ganz egal, wo man herkommt, welcher Religion man angehört, wie man aussieht oder welches Geschlecht man liebt. Wir treten für Gleichberechtigung, Vielfalt und Toleranz ein.

Wir begrüßen das zivilgesellschaftliche Engagement der Vereine, Verbände, Religionsgemeinschaften und jeder einzelnen Privatperson gegen diese verfassungsfeindlichen Fantasien. Die integrative Arbeit ist das zivilgesellschaftliche Rückgrat unserer Gesellschaft. Ihr gebührt Dank und der allergrößte Respekt!

Der Homburger Stadtrat hat aus der deutschen Geschichte gelernt und spricht sich überparteilich gegen jedes faschistische und diskriminierende Gedankengut aus. Mit dieser Resolution setzen wir ein deutliches Signal: Unsere Toleranz endet da, wo Verfassungsfeinde gegen unsere liberale, offene und rechtsstaatliche Demokratie vorgehen. Das strategische Abstimmen und die Zusammenarbeit mit der AfD schließen wir aus.